

Sachdokumentation:

Signatur: DS 19

Permalink: [www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/19](http://www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/19)



### Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

### Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

## NEIN zur „Durchsetzungsinitiative“

### Kurzargumentarium

Am 28. Februar 2016 stimmen Schweizer StimmbürgerInnen über die "Volksinitiative zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer" der SVP, die sogenannte Durchsetzungsinitiative ab. Der Name suggeriert, es ginge um die Durchsetzung der Ausschaffungsinitiative. Das ist falsch. AusländerInnen, die straffällig geworden sind, können nach geltendem Recht schon lange ausgeschafft werden. Die Durchsetzungsinitiative will vielmehr, dass Personen ohne Schweizer Pass bereits nach einem Bagatelldelikt („Sozialmissbrauch“) ausgeschafft werden.

Die Initiative will Willkür und Fremdenfeindlichkeit in unserer Verfassung festschreiben und den sozialen Frieden zerstören. Darum sagt der cfd laut NEIN zur Durchsetzungsinitiative.

#### **1. Die Durchsetzungsinitiative täuscht die StimmbürgerInnen**

Die Durchsetzungsinitiative suggeriert, dass ihre Annahme notwendig sei, um die Ausschaffungsinitiative durchzusetzen. Das ist falsch: AusländerInnen, die straffällig geworden sind, können nach bisherigem Recht schon lange ausgeschafft werden. Die Ausschaffungspraxis hat sich seit Inkrafttreten des Ausschaffungsartikels in der Verfassung 2010 verschärft und wird sich mit Inkrafttreten der Umsetzungsgesetzgebung (Juni 2016) weiter verschärfen. Die Ausschaffungsinitiative ist somit umgesetzt, und dem Volkswillen wurde Rechnung getragen. Der Ständerat hat bei der Umsetzung lediglich das den Rechtsstaat garantierende Verhältnismässigkeitsprinzip gerettet (die sogenannte Härtefallklausel).

Die Durchsetzungsinitiative setzt somit nicht die Ausschaffungsinitiative durch. Sie will vielmehr AusländerInnen willkürlich und unter Missachtung elementarster Menschenrechte ausschaffen.

#### **2. Die Durchsetzungsinitiative schaltet Menschenrechte aus**

Die Initiative verletzt das Gerechtigkeitsprinzip, das die persönlichen Umstände und die Menschenrechte berücksichtigt: Sie verlangt, dass Personen ohne Schweizer Pass mitunter bereits nach einem Bagatelldelikt automatisch ausgeschafft werden. Es genügt zum Beispiel, einmal eine AHV-Abrechnung nicht zu machen („Sozialmissbrauch“) und es erfolgt eine Ausschaffung – ohne Vorstrafe.

#### **3. Die Durchsetzungsinitiative reisst willkürlich Schweizer Familien auseinander**

Die Initiative reisst Familien auseinander: Kinder werden in unmenschlicher Weise vom Vater oder von der Mutter getrennt. Frauen und Männer mit oder ohne Schweizer Pass werden quasi über Nacht zu Alleinerziehenden gemacht. Eine richterliche Abwägung ist nicht mehr möglich. Die elementarsten Menschenrechte der ausgeschafften Person und ihrer Angehörigen werden nicht berücksichtigt, egal ob letztere einen Schweizer Pass haben oder nicht.

#### **4. Die Durchsetzungsinitiative schreibt Fremdenfeindlichkeit in unsere Verfassung**

Die Durchsetzungsinitiative führt willkürlich Delikte auf:

- Weshalb wird jemand der/die einmal (!) ein AHV-Formular falsch ausfüllt, ausgeschafft – jemand, der/die Urkunden fälscht, Amtsträger besticht und bei grossen Vermögenswerten nicht prüft, ob das Geld kriminellen Ursprungs ist, aber nicht?

- Weshalb wird ausgeschafft, wer einmal zu schnell Auto fährt und einmal der Polizei gegenüber ein drohendes Wort äussert? Wer sein Amt missbraucht aber nicht?
- Weshalb wird ausgeschafft, wer im Gericht etwas falsch übersetzt? Wer Wahlbestechung oder -fälschung betreibt oder das Wahlgeheimnis verletzt aber nicht?

Die aufgelisteten Taten werden durch das Strafrecht schon bestraft. Die Durchsetzungsinitiative will AusländerInnen doppelt bestrafen, und bestraft sie somit fürs Ausländersein. Damit schreibt sie Fremdenfeindlichkeit in unsere Verfassung und spaltet die Gesellschaft in zwei Kategorien.

#### **5. Die Durchsetzungsinitiative läuft in Richtung Willkürstaat**

Das System der direkten Demokratie macht es möglich, dass auch verfassungswidrige Initiativen zustande kommen können: Die Durchsetzungsinitiative will Willkür in die Verfassung schreiben, obwohl die Verfassung selbst als Grundprinzip des Rechtsstaates Willkür verbietet. Willkürverbot und das Verhältnismässigkeitsprinzip sind jedoch Grundpfeiler unseres Rechtsstaates und Garanten für Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden. Menschenrechte schützen uns vor Willkür. Die Durchsetzungsinitiative will diese Errungenschaften zu Fall bringen – ein bedeutender Schritt in Richtung Willkürstaat.

#### **6. Die Durchsetzungsinitiative entartet die Demokratie**

Der Volkswille ist schon durchgesetzt. Mit einer populistischen, Angst schürenden und mit Stereotypen operierenden Kampagne ist eine Initiative zustande gekommen, die im Widerspruch steht zu unserer Verfassung, unseren Grundrechten, unserem Rechtsstaat und unserer Demokratie. Die Durchsetzungsinitiative ist ein Missbrauch des Instruments der Volksinitiative. Weil mit falschen Argumenten suggeriert wird, die Durchsetzungsinitiative sei nötig, um die Ausschaffungsinitiative durchzusetzen. Die Durchsetzungsinitiative zersetzt die Demokratie.

#### **7. Die Durchsetzungsinitiative zerstört den sozialen Frieden**

Der willkürliche Ausschaffungsautomatismus kreiert Fremdenfeindlichkeit, die fast alle trifft: Personen ohne Schweizer Pass und diejenigen mit Schweizer Pass, die mit Angehörigen ausländischer Nationalität leben. Die ständige Angst, durch Bagatellen seine elementarsten Menschenrechte zu verlieren, wird sich auf die Gesellschaft zermürend auswirken und den sozialen Frieden zerstören.

#### **8. Die Durchsetzungsinitiative schadet der Schweiz auch wirtschaftlich**

Es werden enorme Verfahrenskosten entstehen. Plötzlich auseinander gerissene Familien und Partnerschaften werden verstärkt (neben den seelischen Schäden) auch wirtschaftlich messbare Kosten verursachen. Zudem wird das fremdenfeindliche Klima und die Angst vermehrt AusländerInnen dazu bewegen, aus der Schweiz abzuwandern, darunter auch wohlhabende Investoren. Zudem setzt die Schweiz ihren Ruf als integre Wirtschaftspartnerin aufs Spiel, denn: Wer will einen Vertragspartner, der sich nicht an internationale Menschenrechte und Abkommen halten will?